Grenzüberschreitende Konferenz zur Gemeinsamen EU-Agrarpolitik in Tondern

„Echte“ Bauern sollen liefern

Ein paar neue Begriffe, aber kaum Handfestes zur Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 präsentierte EU-Agrarkommissar Phil Hogan bei der grenzüberschreitenden Konferenz am Dienstag im dänischen Tondern. So sollen beispielsweise zukünftig „echte“ Landwirte nach einem „new delivery model“ sichtbare Gemeinwohlleistungen abliefern. Hogans Ankündigung, zudem die Bürokratielast für Landwirte zu senken, wurde von den rund 250 Gästen mit Zweifeln bedacht. Diese forderten vielmehr eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und einen besseren Zugang zu Drittlandsmärkten.

Die Junglandwirte Christian Thomsen (li.) aus Dänemark und Heiko Finck (r.) aus Köhn, Kreis Plön, wollten sich bei den Rednern in Tondern über ihre Perspektiven informieren. Ansonsten v. li.: Jørgen Popp Petersen, Phil Hogan, Joachim Rukwied, Werner Schwarz und Robert Habeck

„Damals wie heute haben wir eine ähnliche Situation: Die neue GAP-Reform biegt auf die Zielgerade ein“, erinnerte Jørgen Popp Petersen, Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Hauptvereins Nordschleswig, an die erste Konferenz dieser Art vor rund sechs Jahren, die ebenfalls in Tondern stattfand. Er verdeutlichte die Wichtigkeit der europäischen Landwirtschaft. Insgesamt versorgten zwölf Millionen Betriebe mit 44 Millionen Arbeitsplätzen rund 500 Millionen Verbraucher. Ein Anteil von 38 % des EU-Haushalts sei direkt mit der vergemeinschafteten Landwirtschaftspolitik verbunden. Die GAP vereine jedoch mehr Werte als ausschließlich die Lebensmittelerzeugung. Sie ist für Petersen auch immer schon ein Friedensprojekt gewesen.

Niels Lindbergh Madsen

Es geht ums Geld

Der Brexit ist nun Realität. Der EU-Experte des Dänischen Landwirtschaftsverbandes (L&F), Niels Lindbergh Madsen, mahnte, dass die Handelsbeziehungen mit den Briten darunter nicht leiden dürften. Der Inselstaat sei ein wichtiger Exportmarkt. „Wir wollen, dass die Normen und Qualitätsstandards möglichst beibehalten werden“, so Madsen. Klar sei, dass ohne eine Aufstockung des EU-Budgets eine Verringerung des Agraraetats drohe. Er bedauerte, dass sich gerade Dänemark gegen höhere Abgaben an die EU stemme. Die Agrarzahlungen sind aus seiner Sicht „absolut gerechtfertigt“, um die hohen Qualitäts- und Verbraucherschutzstandards zu erhalten.

Alle Stühle besetzt: Rund 250 Besucher kamen zur Konferenz ins Ecco-Center nach Tondern.

Udo Hemmerling, stellvertretender Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes (DBV), machte eine einfache Rechnung auf: Der aktuelle EU-Haushalt betrage knapp 150 Mrd. €, der Brexit reiße eine Lücke von 12 bis 14 Mrd. €, neue Anforderungen bei Sicherheit und Migration kosteten 20 Mrd. €. Eine Erhöhung der Zahlungen der Mitgliedsländer von 1,0 auf 1,1 beziehungsweise 1,2 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) brächte 13 bis 27 Mrd. € ein. Laut Koalitionsvertrag sei zumindest die neue Bundesregierung bereit, mehr Geld für Europa in die Hand zu nehmen.

Udo Hemmerling

Entscheidend für die endgültige GAP-Gestaltung ist für Hemmerling also der Umfang des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR), den EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger am 2. Mai liefern will. Klar sei, dass es weiterhin Flächenzahlungen geben werde. Darüber hinaus sei noch nicht erkennbar, in welche Richtung die EU-Agrarpolitiker wollten. Der DBV fordere einfache, machbare und unkomplizierte Maßnahmen im Rahmen der Ersten Säule.

Ein großes Fragezeichen steht für Hemmerling hinter dem neuen Begriff „echte Landwirte“, auf die der Fokus der Agrarförderung gelegt werden soll. Eine solche Abgrenzung entzweie aus seiner Sicht lediglich die „echten Landwirte“ und die anderen „echten Landwirte“.

Bauern bauen Schutzwall

Dass der aktuelle Umfang der Agrarzahlungen heute schon benötigt werde, stellte der Präsident des schleswig-holsteinischen Bauernverbandes (BVSH), Werner Schwarz, klar. Er verwies auf eine DBV-Studie, nach der die aktuelle Förderhöhe den Mehrkosten für die Einhaltung verpflichtender höherer EU-Standards entspreche (das Bauernblatt berichtete). Die GAP besitze daher auch eine gewisse Schutzfunktion für die Gesundheit der EU-Bürger. „Wir sollten zudem kundtun, dass auch die Ernährungssicherheit eine Gemeinwohlleistung ist“, betonte Schwarz. Die Landwirte lieferten also längst ab.

Details seines neuen Abliefermodells will Hogan Ende Mai vorstellen, nachdem der MFR feststehe. Ziel sei, dass die Mitgliedstaaten ihre Maßnahmen zukünftig besser auf die Gegebenheiten vor Ort zuschneiden könnten. Hogan will so die sogenannte Subsidiarität stärken. Das bedeutet, dass die EU Ziele vorgibt und die Mitgliedstaaten Umsetzungspläne vorlegen, die von der EU-Kommission abgesegnet werden müssen. „Wir wollen einen ergebnisorientierten Ansatz und den Fokus weniger auf Sanktionen legen“, verdeutlichte der Agrarkommissar. Eine gewisse Renationalisierung werde zwar zu vielen unterschiedlichen Maßnahmen in

den Mitgliedstaaten führen, aber die Menschen vor Ort wüssten um die regionalen Bedingungen am besten Bescheid. Die EU wolle nicht vorschreiben, wie dick ein Baum oder wie breit ein Gewässerrandstreifen sein müsse. Die Sorge, dass einige Staaten EU-Vorgaben rigoroser durchsetzten als andere und dass es dadurch zu Wettbewerbsverzerrungen komme, versuchte Hogan zu zerstreuen. Er stellte die Vorteile einer Flexibilisierung in den Vordergrund. Dennoch räumte er ein, dass sich sein Abliefermodell entwickeln müsse, aber dass es auch Chancen biete, den bürokratischen Aufwand zu verringern. Das schaffe zeitliche Entlastung für Landwirte und könne den Anteil von 8 % an den GAP-Gesamtkosten verringern, der aktuell in der Verwaltung „hängen bleibe".

Mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Landwirte zeigte sich der Agrarkommissar optimistisch. Dass es bereits Exportüberschüsse gebe, komme nicht von ungefähr. Er lobte beispielsweise das kürzlich abgeschlossene Handelsabkommen mit Japan (Jefta) und kündigte an, dass bald auch der chinesische Markt erschlossen werde. Die EU-Agrarpolitik werde sich auch zukünftig an Nachfrage und Markt orientieren.

Zusätzliches Standbein

Ein rhetorisches Veto gegen eine reine Marktorientierung der GAP legte der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister Dr. Robert Habeck (Grüne) ein. Landwirte hätten schließlich neben der Versorgung mit Lebensmitteln mittlerweile viele weitere Aufgaben in den Bereichen Umwelt- und Tierschutz. Außerdem seien Landwirte in offenen Weltmärkten abhängig von starken Preisschwankungen. Der Erfolg von Betrieben hänge so nicht mehr nur vom Arbeitseinsatz oder der Ausbildung eines Betriebsleiters ab, sondern beispielsweise von der Erntesituation in Osteuropa. Die EU-Agrarpolitik sollte nach seinen Vorstellungen neben der Produktion eine zusätzliche Einkommensquelle bieten. Große Betriebe müssten hingegen aus seiner Sicht ganz ohne Steuergelder auskommen. Habeck sprach sich sowohl für eine Degression als auch für eine Kappung der Direktzahlungen aus.

Als Möglichkeit für ein zusätzliches Standbein brachte der Minister das vom Deutschen Verband für Landschaftspflege (DVL) entwickelte Punktemodell aus Blaupause für

Beamer, Simultanübersetzung per Kopfhörer und Livestream: Auf der Konferenzen waren viele digitale Techniken im Einsatz. Fotos: Ulrike Baer

die EU ins Spiel. Statt einer Ausweitung der Produktion sollten Landwirte über das Sammeln von Umweltpunkten Einnahmen generieren. Allein mit einer Kompensation von Naturschutzmaßnahmen komme man nicht weg von der Einstellung, dass alles, was Produktion begrenze, ein Hemmnis und damit schlecht sei.

„Wir brauchen eine Steuerung durch die Politik", stellte Habeck klar. Sonst bestimme der Markt, in welche Richtung sich die Landwirtschaft entwickle. Bereits heute gebe der Lebensmitteleinzelhandel in vielen Sektoren Produktionskriterien vor. Er warnte davor, dass sich die Landwirtschaft immer mehr in Richtung Vertragsanbau für Supermärkte entwickle.

Digitale Überwachung

Grundlegend anders sieht das DBV-Präsident Joachim Rukwied, der aktuell auch Präsident des europäischen Bauernverbandes (Copa) ist. Die landwirtschaftliche Berufsvertretung lehne Kappung und Degression ab. Er verdeutlichte das Generationendenken auf Familienbetrieben und mahnte Veränderungen mit Augenmaß an, um eine politische Verlässlichkeit bei Investitionsentscheidungen auf den Höfen zu erzielen. Er forderte eine Bereitstellung von 1,25 % des BNE von den Mitgliedstaaten, um das aktuelle Agrarbudget zu sichern. Zudem sieht Rukwied Vereinfachungspotenzial durch neue Techniken der Digitalisierung bei der Agrarantragsstellung, -bearbeitung und -überwachung. Deutschland habe bei der Erschließung des ländlichen Raumes mit schnellem Internet jedoch noch nicht abgeliefert.

Mit Habeck stimmte er überein, dass die in der Zweiten Säule implementierten Agrar- und Umweltmaßnahmen interessanter gemacht werden müssten, um Einkommenseffekte zu erzielen. Dann steige auch die Bereitschaft vieler Landwirte mitzumachen. Einen Markt für Umweltleistungen sieht Rukwied allerdings nicht. Die Basis für die GAP müsse weiterhin eine nachfrageorientierte, marktgerechte Produktion sein.

Zwei Drittel der landwirtschaftlichen Produktion in Dänemark geht in den Export. Entsprechend hob auch L&F-Präsident Martin Merrild die Bedeutung offener Märkte hervor. „Der Bedarf an Lebensmitteln wird in Europa nicht wachsen, aber in anderen Teilen der Welt", verdeutlichte Merrild. Die GAP könne die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Landwirte unterstützen. Nur wer sich auf dem Markt behaupte, könne investieren und zum Beispiel dank neuer Ställe und effizienterer Techniken auch mehr Tierwohl- und Umweltleistungen erbringen.

Um eine höhere Akzeptanz für Agrarzahlungen zu erreichen, müssten Landwirte erzählen, wie sie arbeiten, an welche Regeln sie sich halten und warum manche Regeln auch für die Verbraucher von Bedeutung sind. Nur so könnten die Verbraucher mitgenommen werden. Merrild kritisierte, dass NGO viel zu gute Möglichkeiten hätten, in öffentlichen Debatten beispielsweise über Glyphosat Stimmung zu verbreiten. Hogan räumte ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse nicht immer zu politischen Entscheidungsfindungen hinzugezogen würden. Er sicherte jedoch zu, sich weiterhin an Fachargumenten zu orientieren.

Landwirte können also gespannt sein, welche konkreten Vorschläge der Agrarkommissar Ende Mai zur Gestaltung der GAP liefert.

Dr. Robert Quakernack

Die Podiumsdiskussion als Video auf bauernblatt.com

INFO

Die Abgeordneten des EU-Parlaments setzen im Hinblick auf den zukünftigen Haushalt der EU auf höhere Zuflüsse aus den Mitgliedstaaten. Sie fordern hinsichtlich des Mehrjährigen Finanzrahmens nach 2020 eine Anhebung der Überweisungen nach Brüssel auf 1,3 % des Bruttonationaleinkommens (BNE). Bisher machen die Zahlungen der EU-Staaten etwa 1,0 % des BNE aus. b

„Herr Hogan, wie wollen Sie Drittlandsmärkte erschließen?", fragte BVSH-Vizepräsident Klaus-Peter Lucht (li). Neben ihm: Moderator Gwyn Nissen.

Stellten sich den Fragen des Publikums (v. li.): Phil Hogan, Joachim Rukwied, Martin Merrild, Robert Habeck und Folketing-Abgeordneter Erling Bonnesen.